

Editorial: Geopolitische Risiken und Realwirtschaft: Was ändert sich für Deutschland und Europa?

Von Thomas Gehrig*, Lukas Menkhoff**,
Doris Neuberger*** und Dorothea Schäfer****

Die Welt ist im Umbruch begriffen. Nichts verdeutlicht dies stärker als der Entzug der militärischen Unterstützung der von Rußland überfallenen jungen Demokratie in der Ukraine, sowie die Einführung von Einfuhrzöllen der USA von 25 % gegenüber den unmittelbaren Nachbarn Kanada und Mexiko und die unmittelbare Reaktion der betroffenen Länder am selben Tag, dem 4. März 2025.

Die zunehmende Rivalität zwischen autoritären Regimen und dem einstigen Hegemon der westlich geprägten multilateralen Ordnungen, den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie das Erstarken des ökonomischen Südens haben schon seit Längerem den Übergang in eine multipolare neue Welt- und Handelsordnung eingeleitet. Noch ist nicht klar, in welcher Weise und wohin sich diese entwickeln wird. Das Verlassen bekannter Ordnungen und das Beschreiten neuen Terrains schaffen zwangsläufig Unsicherheit und Risiken für alle Beteiligten. Welche Verträge und Rechtsinstitute können künftig noch angewendet werden und wie können gegebenenfalls Urteile zur Beendigung von Verletzungen vertraglicher Vereinbarungen umgesetzt werden, wenn bedeutende Teilnehmer deren Rechtskraft nicht mehr anerkennen?¹

Die Krisen des 21. Jahrhunderts haben einerseits die Rivalität zwischen den neu entstehenden Blöcken verschärft und andererseits die Schwächen des globalen Freihandels in dieser Umbruchphase verdeutlicht. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die ökonomischen Reaktionen auf den Einmarsch Russlands in der Ukraine haben eine extreme Abhängigkeit der westlichen Industrienationen von wenigen Großproduzenten mit erheblicher Marktmacht vor Augen geführt. Dies betrifft einerseits auf Computerchips basierende Hochtechnologie-

* Thomas Gehrig, Universität Wien, E-Mail: thomas.gehrig@univie.ac.at

** Lukas Menkhoff, Humboldt Universität zu Berlin, E-Mail: lmenkhof@diw.de

*** Doris Neuberger, Universität Rostock, E-Mail: doris.neuberger@uni-rostock.de

**** Dorothea Schäfer, iaw Universität Bremen, E-Mail: vaw@uni-bremen.de

¹ Das betrifft beispielsweise die WTO oder den Internationalen Gerichtshof, deren Urteile von USA, Israel und auch Russland bestenfalls noch selektiv anerkannt werden.

güter, Solarzellen, Windkraftanlagen und Pharmaprodukte, aber andererseits auch Rohstoffe, Energie- und Massengüter wie Gesundheits- und Sicherheitsmasken. Im blinden Vertrauen auf das Funktionieren der überkommenen Marktordnungen wurde leichtfertig die Versorgungssicherheit für den Krisenfall dem Markt überlassen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden strategischen Rivalität von mächtigen Wirtschaftsblöcken stellt sich aber immer drängender die Frage, wie künftig strategische geopolitische Risiken abgesichert und ein vernünftiges Maß an Versorgungssicherheit erzielt werden kann. Wie kann bspw. verhindert werden, dass Güter und Ressourcen als Waffen eingesetzt werden? Andererseits sind Wirtschaftssanktionen auch Teil hybrider strategischer Auseinandersetzungen.

Im vorliegenden Heft „Geopolitische Risiken und Realwirtschaft: Was ändert sich für Deutschland und Europa?“ der Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung VAW beschreiben und analysieren die Autorinnen und Autoren verschiedene wichtige Aspekte beim Umgang mit geopolitischen Risiken in der Realwirtschaft. Abläufe im Finanzsystem werden im Folgeheft „Geopolitische Risiken und internationale Finanzmärkte“ thematisiert.

Das Heft beginnt mit dem Beitrag von *Claus Michelsen* (2025) zu „Ungesunde Abhängigkeiten: Die Risiken für die Versorgung mit Medikamenten nehmen zu“. Aufgrund der zunehmenden Verlagerung der Arzneimittelproduktion nach China und Indien ergeben sich Abhängigkeiten, die sowohl Versorgungssicherheit als auch Fertigungswissen in der einstigen Apotheke der Welt, Deutschland, aber auch in Europa allgemein kompromittieren. Die wachsende Verwundbarkeit wurde insbesondere während der Corona-Pandemie schmerzlich spürbar. Aufgrund dieser Verwundbarkeit schlägt der Autor zur Erhöhung der Krisensilenz eine Diversifizierung der Handelspartner sowie den Aufbau strategischer Produktionsreserven vor. Auch stärkere Koordination sowie schnellere Umsetzung von Grundlagenforschung in Anwendungen können hilfreich sein, wie das Beispiel BioNTech und die Anwendung von RNA-Technologien zeigen. Die Erfahrungen im Arzneimittelsektor machen deutlich, dass kurzfristigen Kostenreduktionen durch Auslagerung der Produktion auf die kostengünstigsten Standorte insbesondere in Krisenzeiten erhebliche Versorgungskosten durch starke Abhängigkeit von diesen Produzenten gegenüberstehen. Diversifikation und Vorratshaltung sind wirksame Absicherungsinstrumente zur Erhöhung der langfristigen Resilienz. Dies gilt insbesondere auch wenn die Absicherungsstrategien kurzfristig etwas teurer sind, da dann auch in guten Zeiten Produktionsbeziehungen zu Handelspartnern aufrecht erhalten werden müssen, die nicht die absolut günstigsten Preise anbieten (können).

Der zweite Beitrag von *Malte Becker* und *Tobias Heidland* (2025) beschäftigt sich mit „Geopolitical Tensions and Migration“. Im Vordergrund dieser Analyse steht die insbesondere durch geopolitische Risiken ausgelöste irreguläre Migra-

tion. Während Migration grundsätzlich das Arbeitskräftepotential erhöhen und insofern positiv wirken kann, kann insbesondere irreguläre Migration Konflikte auch in den Aufnahmeländern auslösen. Die Autoren argumentieren, dass gerade in geopolitisch unstabilen Zeiten, Migration gezielt als Instrument zur Schaffung von Konflikten in den Aufnahmeländern eingesetzt werden kann. Zur Vermeidung solcher Konflikte schlagen die Autoren einerseits Kooperation unter den Aufnahmeländern und andererseits Entwicklungshilfe vor Ort vor. Je effektiver irregulären politischen Geflüchteten geholfen werden kann und je geringer die ökonomischen Gründe für Migration sind, desto weniger eignet sich das Migrationsinstrument als politische Waffe.

Joachim Schuster (2025) warnt „Weiter so‘ führt zum Niedergang Europas – Für eine neue Qualität der Integration“. Das dezentral kostenreduzierende Wirtschaftsmodell hat letztlich starke Abhängigkeiten insbesondere im Bereich der Rohstoffe aber auch bei Zwischenprodukten geschaffen und somit die Krisenanfälligkeit des europäischen Wirtschaftsraums drastisch erhöht. Dies wurde insbesondere in der Corona-Pandemie schlagartig deutlich. Zur Lösung der Abhängigkeiten plädiert Schuster für einen Paradigmenwechsel hin zu staatlicher Lenkung und einer aktiven Industriepolitik. Dies wäre auch schon aufgrund einer aktiven Klimapolitik vonnöten. Zur Finanzierung der industriepolitischen Eingriffe setzt er insbesondere auch auf gemeinsame europäische Lösungen, um entsprechende Skaleneffekte nutzen zu können.

Ganz anders argumentieren *Hans-Helmut Kotz* und *Oliver Landmann* (2025). In ihrem Beitrag „Industrial Policy: Always Dismissed, Always Deployed“ argumentieren sie, dass der Staat im Außenhandel schon immer aktiv war. Allerdings sind aufgrund der geopolitischen Entwicklungen und insbesondere auch aufgrund der aufkeimenden Rivalität zwischen China und den USA die Hemmschwellen für Markteingriffe deutlich gesunken. Strikt auf ordnungökonomischer Basis rechtfertigen sie industriepolitische Eingriffe mit Gründen des Marktversagens. Beispielsweise liegt ein wesentliches ordnungökonomisches Argument zur staatlichen Förderung von Forschung und insbes. Grundlagenforschung in der positiven Externalität die von dieser Forschung für die gesamte Gesellschaft ausgeht. Aber es gibt natürlich auch Industriepolitik, wenn private (Schutz-)Interessen im politischen Prozess stark genug geäußert werden. In dem Maße, in dem Gewinne von Kooperationslösungen eines freien Marktes vermeintlich nicht mehr fair verteilt werden, gewinnen nationale (Schutz-) Interessen an Bedeutung. Mit ihrem Fazit empfehlen die Autoren, dass in diesem globalen Spiel der Mächtigen Europa nur dann Einfluss auf Regelsetzung und -beachtung erwarten kann, wenn es intern stärker koordiniert und organisiert ist.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen beiden Beiträgen, die letztlich Markteingriffe und Beschränkungen legitimieren, argumentiert *Rainer Thiele* (2025)

für eine Vertiefung der Globalisierung. In seinem Beitrag „Diversifying European Supply Chains: Can Africa Play a Role?“ vertraut er auf Marktlösungen, plädiert allerdings für Ausweitung der Handelsketten insbesondere im ökonomischen Süden. Dadurch könnten einerseits Abhängigkeiten bei seltenen Erden und anderen Ressourcen reduziert werden, welche für den Aufbau erneuerbarer Energieträger von Bedeutung sind. Andererseits würde man auch geopolitische Risiken durch die Ausweitung der Handelsregionen deutlich reduzieren können.

Peter Hennecke (2025) untersucht die Frage „BRICS: Overpowered or Overrated?“, also inwieweit die BRICS-Staaten bereits ein ökonomisches Gegengewicht zum Westen darstellen. Wenngleich viele Interessen dieser Staaten ähnlich gelagert sind, so identifiziert er doch auch eine Reihe interner Spannungen innerhalb dieses Blocks. Insbesondere aufgrund der intensiven Rivalität zwischen China und Indien erscheint dem Autor eine allzu enge Koordination dieses Blocks in absehbarer Zukunft als eher unwahrscheinlich. Tendenziell wäre das für Europa eine gute Nachricht, da die internen Fragmentierungen der BRICS-Staaten auch Ansatzpunkte zur geopolitischen Diversifizierung für Externe darstellen.

„Das Leitbild einer ‚aufgeklärten Globalisierung‘: Zur Verantwortung von Staat und Unternehmen bei der Steuerung geopolitischer Risiken“ entwirft Christian Hecker (2025). Im Wesentlichen besteht das Leitbild darin, dass sich in einem ordnungspolitischen Rahmen Staat und Unternehmen komplementär für die Schaffung von Resilienz engagieren und exzessive Abhängigkeiten von Lieferanten vermeiden. In diesem Sinne könnten neben den üblichen Instrumenten wie Importzöllen, Garantien und Importrestriktionen auch die Nachhaltigkeitsberichtserstattung zu einem ordnungspolitischen Instrument ausgebaut werden, welche die Unternehmen zu einem erhöhten Interesse an nachhaltigen Lösungen und Geschäftsmodellen anhält.

Das Heft schließt mit dem Debattenforum von Gustav Horn, Thomas Gehrig, Doris Neuberger und Patrick Kaczmarczyk (2025), „Geopolitische Risiken: Was ändert sich für Deutschland und Europa?“, das Antworten auf einige der durch geopolitische Risiken ausgelösten drängenden Fragen für Deutschland und Europa gibt.

Literaturverzeichnis

- Becker, M. and Heidland, T. (2025): Geopolitical Tensions and Migration, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 23 – 35.
- Horn, G., Gehrig, T., Neuberger, D. und Kaczmarczyk, P. (2025): Debattenforum: Geopolitische Risiken: Was ändert sich für Deutschland und Europa?, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 117 – 147.

Editorial: Geopolitische Risiken und Realwirtschaft

- Hecker, C. (2025): Das Leitbild einer „aufgeklärten Globalisierung“: Zur Verantwortung von Staat und Unternehmen bei der Steuerung geopolitischer Risiken, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 105 – 116.
- Hennecke, P. (2025): BRICS: Overpowered or Overrated?, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 89 – 103.
- Kotz, H.-H. and Landmann, O. (2025): Industrial Policy: Always Dismissed, Always Deployed, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 49 – 78.
- Michelsen, C. (2025): Ungesunde Abhängigkeiten: Die Risiken für die Versorgung mit Medikamenten nehmen zu, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 7 – 21.
- Schuster, J. (2025): „Weiter so“ führt zum Niedergang Europas – Für eine neue Qualität der Integration, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 37 – 48.
- Thiele, R. (2025): Diversifying European Supply Chains: Can Africa Play a Role?, Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2(1), S. 79 – 88.